

Dieter Zielinski, Langeskovweg 11, 24222 Schwentinental

SPD-Landtagsfraktion
z.Hd. Dr. Ralf Stegner und Martin Habersaat

Landeshaus Kiel

Per E-Mail

Dieter Zielinski

Landesvorsitzender

Langeskovweg 11
24222 Schwentinental
Tel: 0431 - 18402
Diet_Ziel@t-online.de

Schwentinental, den 15.2.2021

Anfrage vom 5.2.21 zum Stufenplan

Lieber Ralf Stegner, lieber Martin Habersaat,

ich bedanke mich für die Anfrage. Wenn ich es richtig verstehe, geht es um Einschätzungen der GGG zum „Perspektivplan-Vorschlag Schleswig-Holstein ab 15. Februar bis April“, in unserem speziellen Fall mit dem Schwerpunkt auf den Lebensbereich der Schulen.

Die GGG unterstützt das Vorhaben der Landesregierung und der SPD-Fraktion einen Stufenplan zu etablieren, gibt er doch allen davon Betroffenen Orientierungen, Planungssicherheit und Perspektiven für die bevorstehende Zeit. Gut wäre es auch, wenn ein solcher Plan über die Landesgrenzen hinaus, zumindest mit benachbarten Bundesländern, vereinbart werden könnte.

Voraussetzung für uns ist, dass bei allen Öffnungsschritten vorrangig der Schutz der Gesundheit aller Betroffenen, hier insbesondere der Schüler*innen und der Lehrkräfte, hinreichend berücksichtigt wird. Ob die jeweils zugeordneten Inzidenzen dem Schutzerfordernis angemessen festgelegt sind, können wir nicht wirklich beurteilen. Wir würden hier dem Rat von Expert*innen folgen. Auf den ersten Blick erscheinen uns die Grenzen nicht vorsichtig genug gesetzt. Sorgen macht uns, dass die 7-Tage-Inzidenz für Schleswig-Holstein in den letzten beiden Wochen nur eine geringe abfallende Tendenz aufweist.

Die im Perspektivplan dargestellten Schritte für die Schulen in Schleswig-Holstein halten wir für eine sinnvolle Abfolge. Unverständlich ist für uns, warum die Landesregierung bei der aktuell geplanten Öffnung von ihrem eigenen Plan (auch wenn dieser noch nicht verabschiedet worden ist) abweicht. Das sorgt in den Schulen für Verunsicherung, unnötigen Arbeitsaufwand und beeinträchtigt das Vertrauen in Regierungsentscheidungen. Dazu wären Transparenz und

Nachvollziehbarkeit erforderlich. Das Argument, abgestimmt mit den anderen Bundesländern zu handeln, ist nicht überzeugend, da die Bundesländer bei der Öffnung ihrer Schulen unterschiedlich vorgehen.

Wir wissen, dass eine Dreifachbelastung in Form von Wechselunterricht, Distanzlernen und Notbetreuung die zumutbare Arbeitsbelastung von Lehrkräften übersteigt. Für eine solche Phase müssen Strukturen geschaffen werden, in denen Lehrkräfte erfolgreich arbeiten können. Erforderlich wären u.a. Kürzungen der Stundentafel, Beschränkung der Unterrichtsinhalte, Verringerung der Anzahl von Klassenarbeiten, Klausuren sowie sonstiger Leistungsnachweise, ggf. sogar der Verzicht auf Prüfungen und zusätzlich unterstützendes Personal. Wichtig wäre es, den Schulen Freiräume zu gewähren, um mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen einen bestmöglichen Unterricht anbieten und den Planungsaufwand bewältigen zu können. Inzwischen scheint es Konsens zu sein, dass das aktuelle Schuljahr kein normales sein wird und nicht an den üblichen Standards gemessen werden kann.

Für die Aufteilung der Klassen im Wechselunterricht gib es mittlerweile wissenschaftliche Studien. Empfohlen wird eine Einteilung nach Freundeskreisen, weil damit die Kontaktmöglichkeiten eingeschränkt und das Infektionsrisiko verringert werden. Daran sollte eine Orientierung erfolgen.

Unbedingt bedacht und verbessert werden muss die Schülerbeförderung. Hier muss mehr Geld in die Hand genommen werden, damit die vorhandenen Erkenntnisse umgesetzt werden können.

Im Rahmen seiner Fürsorgepflicht hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, dass das Infektionsrisiko durch geeignete Maßnahmen minimiert wird. Lehrkräfte, die zur Risikogruppe gehören bzw. die in einem Haushalt mit Risikopersonen leben, sollten auf keinen Fall zum Präsenzunterricht gezwungen werden. Wir sind auch dafür, dass Lehrkräfte bevorzugt geimpft werden können, d.h. in die Impfgruppe 2 eingruppiert werden. Ebenso halten wir es für erforderlich und schlagen vor, alle Lehrkräfte und Schüler*innen mit kostenlosen FFP2-Masken auszustatten und regelmäßige Schnelltests zu ermöglichen. Neben dem Lüften sollten CO₂-Masken und wo erforderlich auch Luftfilteranlagen zum Standard gehören.

Die SPD-Landtagsfraktion hat am 26.1.21 einen Dringlichkeitsantrag unter dem Titel „Niemanden zurücklassen!“ in den Landtag eingebracht. Diesen können wir in nahezu allen Punkten unterstützen. Wir sind auch der Meinung, dass Schüler*innen durch den Distanzunterricht große Nachteile entstehen und dass diese durch zusätzliche Unterstützung gemindert werden müssen. Besonders gilt dies für sozial benachteiligte Schüler*innen, die auch schon vor Corona zu den sog. Bildungsverlierern gehörten. Hier erfolgreich zu sein, erfordert nicht nur erhöhte Investitionen sondern grundsätzliche Veränderungen in unserem Schulsystem.

Zu bedenken ist, dass der schon oft apostrophierte Verlust eines Schuljahres nicht so nebenbei in kürzester Zeit aufgeholt werden kann. Dazu sind Anstrengungen über mehrere Jahre erforderlich und zwar für alle Schüler*innen, die sich zurzeit im System Schule befinden. Hilfreich könnte eine um ein Jahr verlängerte Schulzeit sein und zwar in Bezug auf alle Abschlüsse. Zunächst als Angebot an diejenigen, die damit ihren Abschluss sichern und ggf. auch verbessern wollen. Auf Dauer aber als Angebot im Sinne einer flexiblen Ausgangsphase am Ende der Sekundarstufe I. Auf keinen Fall darf es passieren, dass Schüler*innen als Folge der Pandemie ohne bzw. mit einem geringeren Abschluss oder schlechteren Abschlussnoten die Schule verlassen müssen. Ausgeschlossen werden muss eine soziale Abschluss-Diskriminierung, erreichbar u.a. durch dem Notstand angepasste Abschlusstandards.

Die Erkenntnisse aus der Pandemie in Bezug auf das System Schule machen es mehr denn je erforderlich, in diesem Bereich grundsätzlich zu reformieren. Dabei geht es nicht nur - aber auch nicht unwesentlich - um den Abbau herkunftsbedingter Bildungsungerechtigkeit, also einem ureigenen Anliegen der Sozialdemokratie. Um unsere Vorstellungen darzulegen, eignet sich eine solche Stellungnahme nicht. Die GGG bietet der SPD-Landtagsfraktion an, ihre Überlegungen bezüglich einer grundlegenden Schulreform vorzustellen und zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Zielinski